

# Grünberger Wochenblatt.

— Zeitung für Stadt und Land. —

43ster

1867

Jahrgang.

1867

Verantwortlicher Redacteur:

Dr. Wilhelm Leynsohn in Grünberg.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an; in Grünberg die Expedition in den 3 Bergen. — Vierteljährlicher Pränumerationspreis: 7½ Sgr. Inserate: 1 Sgr. die dreispaltene Corposzeile.

## An die Wähler vom Lande!

Vielen von Euch ist noch gar nicht bekannt, daß in Kurzem Abgeordnete zum deutschen Reichstage gewählt werden sollen, und zwar liegt der Grund dieser Unkenntniß darin, daß wir Landleute in jetziger Jahreszeit weniger zusammen kommen, und uns etwas mittheilen können, als im Winter; ja von den Wenigen, welche öffentliche Blätter halten, hatte jetzt Mancher nicht so viel Zeit, dieselben zu lesen, oder auch keine Gelegenheit, seinen Nachbarn so Mittheilung zu machen. — Gesah nun dies dennoch von Einzelnen, so hörte man leider oft die Antwort: Schon wieder wählen? was nützt uns das! — Lieben Landleute! Im vorigen Jahre zerstörte der Frost einen großen Theil unserer Aussaat, in diesem Jahre Strichweise der Hagel; — dürfen wir deshalb sagen: wir säen nicht mehr, es nützt uns ja doch nichts! — Nein, wir müssen immer wieder säen und auf bessere Zeiten hoffen. — Ebenso verhält es sich mit den Wahlen, ist auch der bisherige Erfolg nicht immer nach unserm Wunsch ausgefallen, so müssen wir doch immer wieder unsere Schuldigkeit thun, und säen, so lange wir den Grund und Boden haben, und dieser Grund und Boden ist unser Wahlrecht! — Wollen wir dies preisgeben, so können wir nie auf eine Erndte rechnen, und sind dann selbst Schuld daran, wenn das Unkraut ungestört wuchert, oder unsere Gegner bloß die ihnen mündenden Früchte bauen. Darum die Bitte an diejenigen, welche dieses Blatt lesen: laßt Euch keine Mühe verbrießen, Eure Nachbarn von der Bedeutung der Wahl in Kenntniß zu setzen und dieselben zu veranlassen, daß sie sich die höchstens zwei Stunden dauernde Zeitverjümmniß nicht reuen lassen und zur Wahl gehen. Wen wir wählen sollen, wird uns von dem liberalen Wahlkomité schon gesagt werden, und wird dies gewiß den rechten Mann für uns in Vorschlag bringen. Also immer wieder frisch ans Werk und getäet, die gewünschte Erndte wird doch einmal kommen. —

Ein Landmann

## Politische Umschau.

Berlin, 6. Aug. Den verschiedenen Regierungs-Hauptkassen sind Summen in neuen Schatzanweisungen über 50 Tblr., welche vom 1. Juni d. J. bis 1. März k. J. Zinsen zu 4 pCt. jährlich gewähren, überwiesen worden, von welchen Summen Beträge nach Wunsch überlassen werden können. Auch über die Beleihung jener Scheine durch die Bankanstalten sind Verfügungen ergangen.

— Der Verfasser der „Militärischen Briefe“ in der „K. Z.“ berechnet in einer „vergleichenden Charakteristik der Streitkräfte Nord- und Süddeutschlands mit denen Frankreichs“, daß, wenn es jemals, was der Himmel verhüten wolle, zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kommen sollte, unsere deutschen Offensivheere (Nord- und Süddeutschlands zusammen) mindestens an 100,000 Mann stärker sein würden als die, welche die Franzosen selbst bei der größten Anstrengung gegen uns in Bewegung zu setzen vermögen. „Man steht also,“ fügt

er hinzu, „daß wir auch bei der entschieden friedliebendsten Gesinnung, wie wir solche allgemein in Deutschland hegen, uns vor einem etwaigen Kriege mit den Franzosen durchaus nicht zu fürchten brauchen.“

— Französische Correspondenten finden, daß ein Herbstfeldzug gegen Preußen für Frankreich ganz besonders vortheilhaft sein müßte, weil die preussische Landwehr den Strapazen eines Winterfeldzuges, in den sich der Herbstfeldzug ausdehnen würde, keineswegs so gewachsen wäre, wie die französische Linie. Die Herren dürften sich täuschen. Bemerkenswerth ist übrigens, daß die Franzosen von 1813—15 her vor der preussischen Landwehr immer noch gewaltigen Respekt haben.

— Der „Post“ zufolge steht der Erlaß einer Kabinettsordre bevor, wonach den militärpflichtigen Studirenden der Arzneikunde die Wahl, ob sie ihrer einjährigen Dienstpflicht mit der Waffe oder als Aerzte genügen wollen, nicht mehr ganz freistehen wird; sie sollen vielmehr verpflichtet sein, jedenfalls ein halbes Jahr mit der Waffe zu dienen; auch von der 9- resp. 6½-jährigen Dienstzeit der Jöglinge des Friedrich-Wilhelms-Instituts und der militärärztlichen Akademie soll ein halbes Jahr dem Dienste mit der Waffe gewidmet werden.

— Es ist im Werke, mit Rücksicht auf die Erweiterung des Staatsgebietes, auf die wesentliche Veränderung der Bevölkerungsverhältnisse und den gegenwärtigen Umfang des preussischen Militärsystems eine neue Eintheilung der Landwehr-Bezirke durchzuführen. Die projektierte Umbildung muß sich an die neue Eintheilung der Armeecorps anlehnen, über welche die definitiven Bestimmungen in allernächster Aussicht stehen. Vor Kurzem haben auch die General-Commando's und Ober-Präsidenten Anweisung erhalten, für die neue Landwehr-Eintheilung nach Bataillons- und Compagnie-Bezirken die erforderlichen Einleitungen zu treffen.

— Sehr zutreffend zeichnet der „Advertiser“ die gegenwärtige Stellung Napoleon's mit folgenden Worten: „Er kann nicht Frieden halten und er kann auch nicht Krieg führen. Er verschmäht den Genuß des Friedens und er fürchtet die Folgen des Krieges. Kaum ist der Frieden geschlossen, so ist er wieder darauf und daran, den Samen eines baldigen Streites zu säen; aber wenn die Stunde des Kampfes schlägt, schaudert er bei dem Klang und sucht friedliche Auswege. Durch dieses System des Bindens und des Drehens hat er sich und, soweit es in seiner Macht steht, seine Unterthanen entehrt und eine lange Fortdauer des Friedens beinahe unmöglich gemacht.“ Dggleich kein Freund Preußens, giebt der „Advertiser“ doch dem Kaiser Napoleon in allen Punkten, die er angeblich als Kriegssachen in petto hat, — Nordschleswig und die Besetzung Süddeutscher Bundesfestungen — entschieden Unrecht und hält es für fraglich, ob die Dänen recht oder klug daran thun, auf eine Allianz mit Napoleon zu bauen.

— Nachdem bei der Armee die angestellten Versuche mit sogenannten Schraubenschießeln (Besetzung der Sohle an die Brandsohle und das Oberleder durch Messingschrauben) in jeder

Hinsicht befriedigend ausgefallen sind, soll deren Einführung als etatsmäßige Bekleidung bevorstehen.

— In Folge der neuen Steuerveranlagung in Hannover hat diese Provinz jetzt 628,819 Thlr. Steuern mehr als unter der früheren Regierung aufzubringen. Nach der Kopfszahl der Bevölkerung beträgt die zu entrichtende Steuer, wenn man die Zählung von 1864 zum Maßstab nimmt, pro Kopf 10 Sgr. mehr, als früher.

— Wie aus Kassel gemeldet wird, hat der König sich entschlossen, den in den Jahren 1850 bis 1851 aus Anlaß des Verfassungskampfes verabschiedeten kurhessischen Offizieren Pension zu bewilligen.

— Die von dem Könige vollzogene Bestätigung des kriegsgerichtlichen Erkenntnisses gegen den Lieutenant von Scheve ist demselben am 3. d. M. Vormittag publicirt worden. Diefelbe lautet auf 3 Jahre Festungsstrafe. Demgemäß ist v. Scheve sofort auf die Citadelle in Magdeburg abgeführt worden.

— Wilh. Funke schreibt in der „Hag. Ztg.“ Folgendes: „Darin sind die meisten Staatsbürger völlig mit unserm alten wahren Patrioten Harkort einverstanden: „Keine neuen Steuern mehr“, und der einfache Sachverhalt, nach dem allein das Volk bei Auswahl seiner Abgeordneten verfahren kann, ist der: „Wir haben Steuern im Ueberfluß und brauchen deshalb keine neuen. Wie jeder Privatmann, so muß auch der Staat sich nach der Decke strecken und seine Ausgaben nach den Einnahmen richten, nicht aber immer neue Ausgaben nöthig machen und demgemäß die Einnahmen heraufschrauben. Wer sich erst auf Bedingungen, Klauseln und dergl. einläßt, statt rundweg in der Steuerfrage ein „Nein“ abzugeben, der wahrt nicht das Interesse der Wähler sondern liefert dieses Interesse dem Bundesrathe aus.“

— Ueber die Unterhandlungen des früheren hannoverschen Ministers Windhorst mit der preussischen Regierung in Betreff der Anagnirung des früheren Königs von Hannover, hört die „V. U. C.“, daß der letztere geneigt ist, auf das ihm dießseits gemachte großartige Anerbieten einer ewigen Rente von 700,000 Thlr. einzugehen. Der einzige Differenzpunkt soll darin bestehen, daß Seitens des Erbkönigs die Ausweisung dieser Rente durch Ueberlassung hannoverscher Domänen verlangt wird, was man hier nicht zugestehen will. Es würden, wenn diese Forderung bewilligt würde, fast sämtliche Domänen dem Erbkönige zufallen und er dadurch einen ungeheuren Einfluß im Lande behalten, den er natürlich zum Nachtheil Preußens ausnutzen würde. Auch sind die Domänen so werthvoll und zum Theil so billig verpachtet, daß die Rente allmählig ganz unabsehbare Dimensionen annehmen würde.

— Durch die diesmal früher erfolgte Entlassung der Reservisten, den Ausfall aller Landwehrübungen, die ansehnliche Beschränkung der Truppenübungen und endlich durch die Ermäßigung der Friedenskopfstärke bei der Kavallerie erzielt die Militärverwaltung über 1 Mill. Thlr. Ersparnisse.

— Die amtlichen Blätter melden: Kaiser Napoleon hat dem Kaiser von Oesterreich den Wunsch ausgedrückt, ihm nach der schrecklichen Katastrophe in Mexiko einen Beweis seiner Theilnahme zu geben. Nach getroffener Uebereinkommen werden der Kaiser und die Kaiserin der Franzosen incognito zu einem zweitägigen Besuche nach Salzburg gehen. Angesichts des bevorstehenden Besuchs Napoleons in Salzburg spricht sich die Mehrzahl der Wiener Blätter aber gegen ein Zusammengehen Oesterreichs mit Frankreich aus.

— Der heftige Staatschag 5,300,000 Thaler sollte bekanntlich von Cassel nach Berlin abgeführt werden, was in Hessen wenig Beifall findet, denn aus den Zinsen dieses Schazes wurden bisher etwaige Steuerausfälle gedeckt, vorzugsweise aber Landes-Meliorationen aus demselben bewirkt. Der König theilte nun dem Oberbürgermeister von Cassel, Nebelthau in Betreff der Staatschazangelegenheit die Versicherung, die bezügliche Maßregel sei stirt und eine neue Untersuchung angeordnet; die Ansprüche des Landes würden die vollste Würdigung finden.

— Der Spielpächter von Bad Homburg, Herr Blanc, ein seiner Zeit aus seiner Heimath ausgewiesener Franzose, hat, wie die „Mittelrh. Ztg.“ meldet, unter brüster Zurückweisung der von der preussischen Regierung gestellten Anträge erklärt, er werde die Intervention der französischen Regierung wegen Verletzung und Schädigung seiner Privatrechte anrufen und erwarte von ihr den Schutz, dessen ein Franzose nirgends in der Welt entbehre.

— Nach der Haberslebener „Nordschleswigs Tidende“ bereisen augenblicklich dänische Agenten das nördliche Schleswig behufs Vertheilung von Geldunterstützungen an die zurückgebliebenen Angehörigen der entflohenen nordschleswigschen Wehrpflichtigen und zwar unter der Angabe, daß das Geld aus Frankreich komme.

— Die betreffenden Minister haben bestimmt, daß die Familien der im Kriege getödteten, beziehentlich verstorbenen, so wie der verwundeten Reservisten und Landwehrmänner, welche die gesetzlich vorgeschriebene Kreis-Unterstützung beziehen oder eine derartige Unterstützung aus dem National-Invalidenfonds erhalten, während der Zeit, in welcher ihnen diese Unterstützung gewährt wird, den im Gesetze vom 1. Mai 1851 bezeichneten Armen gleichgestellt werden können und demgemäß von der Zahlung der Klassensteuer frei zu lassen sind.

— Den Einwohnern der Insel Nordstrand ist zu dänischen Zeiten eine Befreiung vom Militärdienst und den gewöhnlichen Steuern durch königliches Privilegium unter der Bedingung bewilligt worden, daß sie den Seeschutz der Insel Nordstrand, der zugleich eine Sicherung für das Beckland ist, selbstständig und auf ihre eigenen Kosten in Stand erhalten. Wie wir hören, haben sich die Vertreter der Insel Nordstrand an den König mit der Bitte gewandt, sie im Besitze dieses Privilegiums zu belassen, eventuell aber den Seeschutz auf die Staatskasse zu übernehmen.

**Sachsen.** Die Nachricht, daß die preussischen Truppen bald das Königreich verlassen werden, wird vielfach so aufgefaßt, daß auch der Königstein geräumt werden soll. Wir glauben, daß diese Hoffnung eine grundlose ist, denn Preußen wird sich auf alle Fälle dieses festen Punktes für seine Operationen gegen Oesterreich versichert halten.

**New-York.** Der Indianerkrieg ist mit allen seinen Schrecken ausgebrochen. Den neuesten Depeschen von der Grenze zufolge überfielen die Rothhäute einen Eisenbahnzug in der Nähe von Ford Larned. Der katholische Bischof Lamy, 10 Geistliche und 6 barmherzige Schwestern fielen ihnen in die Hände. Die Männer wurden, wie es heißt, getödtet, scalpirt und schrecklich verstümmelt, die Frauen wurden hinweggeschleppt, und gehen zweifellos einem Schicksale, schrecklicher als der Tod selbst, entgegen. Die Kosten des Krieges für die Union betragen jetzt schon wöchentlich 1,000,000 Doll. und man berechnet, daß bis jetzt das Leben jedes Indianers auf 10 weiße Menschenleben und 700,000 Doll. zu stehen kommt.

## Grünberger und Provinzial-Nachrichten.

**Grünberg, 4. August.** Der neulich bereits zu Auszügen benutzte Jahresbericht der Breslauer Handelskammer fährt unter Anderem fort: „Die für die Gewerbegesetzgebung durch Bildung des Norddeutschen Bundes gewonnenen Fortschritte und günstigen Aussichten begrüßt die Handelskammer mit großer Befriedigung, ihre Wünsche für völlige Aufhebung des Patentwesens wiederholend, und es beklagend, daß das Herrenhaus die vom Abgeordneten-Hause beschlossene weitere Freigebung des Versicherungswesens abgelehnt hat. Die Verdoppelung der Postanweisungs-Gebühren beklagt sie, unter dankbarer Anerkennung der auf diesem Felde und dem der Telegraphie theils bereits gewährten, theils in Aussicht gestellten weiteren Erleichterungen.“

— Ihr Verlangen über die, der Oberschlesischen Gesellschaft verweigerte Konzession für eine schnurgrade Eisenbahn zwischen Breslau und Berlin können wir unsrerseits nicht theilen, in-

sofern nicht allein der Liegnitz-Grünberger Bahnbau durch diese Konzession auf's Schwerste gefährdet worden sein würde, sondern durch jenes Bahn-Unternehmen eine neue Bevorzugung der Hauptstädte vor den Provinzen eingetreten wäre, wenn immerhin die fast pflüchtige Anlegung des fraglichen Planes vom Standpunkte einseitiger Klugheit Anerkennung verdient. Nach einer Mittheilung des Handelsministers haben die Ober-Regulirungsarbeiten im Jahre 1865 dergestalt Fortgang gehabt, daß am Schlusse des Jahres als fertig regulirt 37 Meilen, und als theilweis regulirt 20 Meilen bezeichnet werden konnten. Demungeachtet wird der Zustand der Oder für die Schifffahrt von der Handelskammer als unbefriedigend bezeichnet, und dürfte dies nach unserer Meinung wahrscheinlich so lange bleiben, als nicht durch regelmäßig fortgehende Wagger-Arbeiten das Oberbett möglichst vom Sande befreit wird, der seinerseits durch Anschüttung an die äußere Seite der Deiche zu deren Verstärkung dergestalt verwandt werden könnte, daß wohl ein Ueberlaufen, nie und nimmer aber ein Reißen der Deiche mehr möglich wäre. — In Betreff der allgemeinen Lage des Handels und der Gewerbe im Jahre 1866 bemerkt die Kammer: So glorreich die politischen Erfolge vom vorigen Jahre auch seien, so wenig erfreulich sei doch der Rückblick auf dasselbe in geschäftlicher Beziehung, wofür als Haupt-Ursachen angeführt werden: Die ungewöhnliche Spannung des englischen Geldmarktes bis zu einer monatelangen Diskonterhöhung auf 10 pCt., die Unterbrechung des Handels durch die Kriegsbesürchtungen, den Krieg selbst, das für Böhmen und Mähren erlassene Moratorium der österreichischen Regierung, die Cholera Epidemie, die Güterstockungen auf den Eisenbahnen, die als Nachwehen des Krieges verminderte Verbrauchsfähigkeit und das mangelnde Vertrauen in völlige Sicherstellung der politischen Lage. — Von den auf Grünberg Bezug habenden Einzelheiten sind die über den Schlessischen Weinbau und Absatz berichteten bereits früher

in diesem Blatte wiedergegeben worden, und mag hiervon nur wiederholt werden, „es sei Hilfe gegen den großen Uebelstand, daß auch die besten deutschen Schaumweine nur unter französischer Lügen-Étiquette in Deutschland Anerkennung und Verbrauch finden, nur dann zu hoffen, wenn die deutschen Champagnertrichter nicht ferner ihren Champagner nur aus Vorliebe für das Fremde um  $\frac{1}{2}$  bis 1 Thlr. die Flasche höher bezahlen, als sie gleich guten Champagner unter deutschem Namen haben können.“ In Betreff des Handels mit wollenen Waaren wird bemerkt, daß im Jahre 1866 fast alle Fabrikanten, mit Ausnahme derjenigen, die Tuchlieferungen für das Militär gehabt, den Betrieb so stark beschränkt hätten, daß in vielen Fabrikorten kaum der dritte Theil der Stühle im Gange gewesen sei. Demungeachtet hätten sich die Vorräthe stark gehäuft und würde die Stockung noch größer gewesen sein, wäre nicht die Darlehnskasse vielen Fabrikanten zu Hilfe gekommen. — Die Förderung der Braunkohle im Jahre 1866 wird mit 4,215,414 Tonnen im Liegnitzer Regierungs-Bezirk und nur mit 452,429 in den beiden anderen Schlessischen Regierungs-Bezirken angegeben. — Für weitere Einzelheiten darf auf den fast 200 Druckseiten umfassenden Bericht verwiesen werden. —

— Grünberg, 6. August. Bei dem diesjährigen Königschießen, am 4. August, wurde vom Weinkaufmann Herrn Fr. Dehmel der beste und vom Schlossermeister Herrn Steinkopf der zweitbeste Schuß gethan, worauf der erstere als Schützenkönig, der zweite als Kronprinz proklamirt wurde.

† Slogau Der Getreidemarkt am letzten Freitag war seit zehn Jahren unstreitig der bedeutendste, wohl an 1600 Sack neuer Roggen waren zum Verkauf gebracht und in der Zeit von etwa zwei Stunden verkauft worden. Die angelegten Preise wechselten zwischen 5 Thlr. 2  $\frac{1}{2}$  Sgr. und 5 Thlr. 10 Sgr.

### Bekanntmachung.

An Stelle der zurückgetretenen Bewerber um die dritte evangelische Predigerstelle hieselbst Candidat Veiper aus Hirschberg und Pastor Henschel aus Schlichtingsheim werden noch nachträglich folgende Bewerber Probepredigten halten:

- 1) Herr Hilfsprediger Beyer in Wittgendorf am 8. Sonntage nach Trinitatis den 11. d. M.
- 2) Herr Pfarr-Vicar Nebert in Brunau am 9. Sonntage nach Trinitatis, den 18. d. M.

Grünberg, den 3. August 1867.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Das Dominialschäferhaus zu Lansitz nebst Stallgebäude, Hausgarten, und dem letzten gegenüber, an der Dorfstraße belegenen kleinen Flecken Gartenland soll vom 1. September d. J. ab und das zum Teichvorwerk bei Lansitz gehörige Wohnhaus nebst Stallgebäude und Hausgarten vom 1. October d. J. ab und zwar jede dieser beiden Wirtschaften für sich bis 1. October 1870 verpachtet werden.

Zur Annahme von Pachtofferten ist Termin auf **Montag den 19. August** **C. Vormittags 9 Uhr** auf hiesigem Rathhause im Magistratsbureau anberaumt, zu welchem wir Pachtlustige mit dem Bemerken einladen, daß die Pachtbedingungen im Termin bekannt gemacht werden.

Grünberg, den 31. Juli 1867.

Der Magistrat.

### Montag den 12. August Nachmittag 2 Uhr

soll der Weingarten der verstorbenen Wittwe Mitschke unweit der Köhler'schen Fabrik, Lansitzer Straße hieselbst an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden. Die Kaufbedingungen werden im Termine bekannt gemacht werden.

Grünberg, den 6. August 1867.

Die Mitschke'schen Erben.

### Bestes Raumburger Weizen- u. hausbacken Roggen-Mehl

empfehlen **C. Herrmann,**  
Breslauer Straße.

Eine freundliche Stube mit Bodenraum ist zu vermieten

Bezirk 2 Nr. 9

Vorzüglich schönem

### Matjes-Sering

empfehlen **G. Grunwald.**

Bei **W. Leypjohn** in Grünberg ist erschienen und zu haben:

### Fässer-Richtung

durch Füllung derselben mit kaltem Wasser.  
Preis 2  $\frac{1}{2}$  Sgr.

Bei der Hochzeitsfeier des Realschullehrer Herrn Decker mit Fräulein Witz sind der Kinderbeschäftigungs-Anstalt 1 Thlr. 15 Sgr. zugewendet worden, wofür bestens dankt  
Der Vorstand.

Ein schwarzseidener Regenschirm mit schwarzem Horngriff ist am Montag gefunden worden. Der sich legitimirende Eigentümer kann denselben gegen Erstattung der Insertionskosten in der Exped. d. Bl. in Empfang nehmen.

Eine gebildete Frau in den mittleren Jahren, seit sechs Jahren in einem Hause thätig, in der Hauswirthschaft erfahren, sucht zum 1. October c. eine Stelle als Erzieherin und Führung der Wirthschaft. Das Nähere zu erfahren beim Kaufmann **Wilhelm Dehmel.**

### Frühbirnen

kauft **Fr. Daum,**  
breite Straße.

### Das Vacanzen-Anzeiger-Blatt

enthält hunderte von wirklich offenen Stellen für Kaufleute, Landwirthe, Forstbeamte, Lehrer, Gouvernanten, Techniker, Handwerker etc., Beamten aller Branchen und Chargen, welche ohne Commissionaire zu vergeben sind. Die Namen der Principale und Behörden sind stets angegeben, um sich direct bewerben zu können. Für jede mitgetheilte Stelle leistet die Direction Garantie. Das Abonnement beträgt für 5 Nummern 1 Thlr. und für 13 Nummern 2 Thlr., wofür das Blatt an jede aufgegebene Adresse alle Dienstage franco gesandt wird.

Principale haben die Ankündigung offener Stellen gratis.

Bestellungen bitten wir zu **Paul Calam's Zeitungs-Comtoir, Berlin Niederwallstrasse 15,** zu richten.

